Die Entwicklung in Polen
Juli 1958

A. Innere Entwicklung 1

I. Politische Ereignisse 1

1. Neue Gefahren in der inneren Entwicklung 1

2. Gomulka 1945... 4

3. ...und Gomulka 1958 5

4. Demonstration der Stärke 5

5. Vierzehn Jahre kommunistische Herrschaft in Polen 6

6. Spannungen zwischen Kirche und Staat 8

7. Aus dem Leben der Partei 12

II. Wirtschaft 14

1. Wirtschaftliche Ergebnisse der I. Hälfte 1958 14

2. Wohnungskautionen 16

3. Weiteres Entgegenkommen für die Landwirtschaft 17

III. Soziale Probleme 18

1. Weniger Alkohol konsumiert 18

2. Schwierigkeiten bei der Liquidation des Beschäftigten-Überhangs 18

3. Ist die "moralische Erneuerung" wirklich notwendig 18

B. Polen und Ausland 21

1. Warschau und der SED-Parteitag 21

2. Polen - Jugoslawien 22

3. Ergebnisse der Internationalen Messe in Posen 22

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Neue Gefahren in der inneren Entwicklung

Die plötzliche Verschärfung der internationalen Lage - mit dem Gefahrenzentrum im Nahen Osten - hat die innere Entwicklung in Polen in den Hintergrund gedrängt. Auch in Polen selbst hat die noch vor kurzem akute Gefahr eines Konfliktes, der globale Ausmasse hätte annehmen können, eine Zeit lang über alle inneren Probleme dominiert. Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Entwicklung, die seit einiger Zeit die Form einer langsamen, aber konsequenten Abkehr von den Errungenschaften des polnischen Oktobers angenommen hat, für die Zeit, als die Aufmerksamkeit der ganzen Welt (also auch Polens) in erster Linie auf das Problem eines drohenden Krieges gelenkt war, stillstand.

Jede weitere Spannung der internationalen Lage, jede Gefahr eines militärischen Konflikts zwischen dem Osten und dem Westen zwingt die Regierenden in Polen zu Deklarationen, in denen es heisst, dass ihr Land "unerschütterlich" im Lager der "sozialistischen" Staaten stehe und dass Polen im Falle eines Konfliktes nicht zögern würde, an der Seite seiner Verbündeten zu kämpfen. Gomulka kann sich den Luxus einer neutralen Politik nicht leisten, wie sie Tito durchzuführen versucht. Es genügt auch den Sowjets nicht , wenn er seine Solidarität erklärt. Gomulka muss auch glaubhaft machen, dass diese Solidarität nicht nur einen rein deklamatorischen Charakter hat. Mit anderen Worten: er muss handgreiflich beweisen, dass Polen die Verpflichtungen, die ihm der Warschauer Pakt auferlegt hat, zu erfüllen gewillt ist.

Eine Woche nach dem Putsch im Irak und der amerikanischen Landung im Libanon am 22. Juli gab Polen anlässlich des National-Feiertages die nach dem Kriege eindrucksvollste Schau seiner militärischen Stärke und Kampfbereitschaft. Die Presse, die seit zwei Jahren ausgiebig darüber berichtete, wie sich die Rüstungsindustrie Polens auf eine friedliche Produktion umstellt, gab jetzt umfangreiche Berichte über die technische Ausrüstung der polnischen Streitkräfte. Zahlreiche offizielle Vertreter von Regierung und Partei deuteten auf die Notwendigkeit neuer Opfer für die Verteidigung des Landes hin. Aus ihren Worten konnte man unverhüllt entnehmen, dass die Sowjets es auch angesichts der

der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Polens nicht dulden werden, dass dieses Land versucht, die ihm aufgebürdete Last der Rüstung zu verkleinern. Man kann sich unschwer vorstellen, was für Konsequenzen es für die innere Entwicklung in Polen haben würde, wenn die Rüstungsanstrengungen die gleichen Ausmasse annehmen würden wie in den Jahren 1951-53. Die langsam fortschreitende Stabilisierung der polnischen Wirtschaft nach der grossen Erschütterung der Oktoberereignisse würde schnell zu Ende gehen. Neue Aufrüstungen würden in Polen auf Kosten der Entwicklung der friedlichen Zwecken dienenden Wirtschaftszweige gehen, auf Kosten der zivilen Industrie, des Wohnungsbaus, der Versorgung mit Konsumgütern usw. Das würde nicht zuletzt zu einer unausbleiblichen Steigerung des Preisniveaus führen, also zur Senkung des ohnehin niedrigen Lebensstandards, was Partei und Regierung schliesslich zur Unterdrückung des unausbleiblichen Widerstands der Bevölkerung gegen eine solche Entwicklung, zur Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten zwingen würde.

Diese Erwägungen haben ernsthaften Chara kter. "Was würde geschehen, wenn...?". Die Russen fordern von Gomulka Garantien dafür, dass Polen im Notfalle tatsächlich an der Seite seiner Verbündeten steht. Weder Deklarationen der Politiker, noch die eindrucksvollen Militärparaden bedeuten für den Kreml eine Pauschalgarantie.

Über die wahre Einstellung der polnischen Bevölkerung werden sich die Russen keinen Illusionen hingeben. Wo die Freiwilligkeit zur Gefolgschaft fehlt, kann sie nur der Terror ersetzen. Das weiss der Kreml heute genau wie zu Lebzeiten Stalins. Mit Terror kann man ein Volk lange in Gehorsam halten. Aber der Terror braucht einen Apparat - und dieser wurde in Polen nach dem "Oktoberfrühling" weitgehend zerstört. In gut informierten Kreisen Warschaus weiss man, welche Anstrengungen die jetzigen Machthaber Polens dem Wiederaufbau der politischen Polizei widmen.

In der stalinistischen Zeit war Polen ein Land mit einer allmächtigen Staatssicherheit, die praktisch eine Filiale des "MWD" war. Mit der Vollkommenheit dieses Apparates des SSD kontrastierte die seltsame Machtlosigkeit der allgemeinen Polizei (in Polen "Bürgerliche Miliz" genannt). Lange Jahre hat man die Angehörigen dieser Miliz nicht einmal mit Schusswaffen ausgestattet. Ein Polizist war in jenen Zeiten eine verspottete Figur, von der man wusste, dass

sie gegebenenfalls sogar zwei sich prügelnde Betrunkenen aus dem Wege ging. Nach dem Oktober, der die Liquidation des Staatssicherheitsapparates brachte, gingen die Machthaber Polens dazu über, diese Bürgerliche Miliz zu einem schlagkräftigen Ordnungsorgan umzubauen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man der Bildung einer Art von Bereitschaftspolizei. Die Einheiten dieser Polizeitruppe haben ihre erste Bewährungsprobe bei der Niederschlagung des Lodzer Streiks im Sommer 1957 und bei der demonstrativen Schliessung von "Po Prostu" im Herbst desselben Jahres absolviert. Heutzutage kann sich ein Polizist "Respekt" verschaffen, sowohl den kriminellen und halbkriminellen als auch streikenden Arbeitern oder politischen Demonstranten gegenüber.

Die Sicherheitsorgane, die früher ein selbständiges Ministerium und später ein Komitee, das dem Regierungspräsidium untergeordnet war, wurden nach dem Oktober 1956 in das Innenministerium eingebaut - inzwischen wird von zuverlässigen Quellen berichtet, dass die Reorganisation, oder besser gesagt, der Neuaufbau des Sicherheitsapparates, einen schnelleren Fortschritt macht.

Der Staatssicherheitsapparat wird zum grössten Teil von ganz anderen Leuten geleitet als in den vergangenen Jahren. Als die offiziellen Leiter dieses Apparates gelten jetzt der langjährige Leiter der Organisationsabteilung beim ZK, Antoni Alster, und ein alter "Gomulkist", Mieczyslaw Moczar. Beide stehen im Rang stellvertretender Minister im Innenministerium. Der erste ist eine Art Kontrolleur über die Staatssicherheit seitens des ZK's, der zweite ist ein "Fachmann", der schon 1945 in dieser Branche tätig war.

Gomulka hat wohl dafür gesorgt, dass der neue Apparat in erster Linie ein Werkzeug der Parteipolitik wird und nicht eine ausser- und überparteiliche Instanz bildet. Unberührt davon bleibt die Tatsache, dass der neue Apparat die brachliegenden Gebiete der Staatssicherheits-Tätigkeit übernommen hat, wie beispielsweise die Bespitzelung der Bevölkerung, der Kontakte mit dem Ausland usw.

Die Methoden, mit denen die neue Staatssicherheit arbeitet, sind allerdings nicht die gleichen wie zur Zeit Berias und Radkiewicz's (des ehem. SSD-Ministers). Bis jetzt hat man von willkürlichen Verhaftungen und von Aussagenerpressung nichts gehört. Wir möchten aber in diesem Zusammenhang daran erinnern, was der jetzige Volksbildungsminister - zweifellos ein kluger Mann - Wladyslaw Bienkowski im Frühjahr 1956, zur Zeit der "grossen Diskussion", die

nach dem XX. Parteitag der Sowjets in Polen begonnen und massgeblich den "polnischen Oktober" mit vorbereitet hatte, sagte. In der Zeitschrift "Przeglad Kulturalny" beschrieb Bienkowski, wie der polnische SSD seine Allmachtstellung in den ersten Nachkriegsjahren ausbaute. "Man hatte einen umfangreichen Apparat geschaffen - wo ein Apparat vorhanden ist, wird er sich um Tätigkeitsmöglichkeiten bemühen", meinte Bienkowski. Der SSD sollte Staatsfeinde bekämpfen und als diese Feinde nicht mehr existierten, habe er sie produziert.

Wird sich die Geschichte wiederholen? Die Gefahr, auf die der weitsichtige Minister Bienkowski hingewiesen hat, ist jetzt wieder aktuell geworden. Gewiss kann die Parteikontrolle über die Staatssicherheit verhindern, dass sich gewisse Exzesse der Vergangenheit wiederholen. Aber diese Parteikontrolle wird in erster Linie darauf gerichtet sein, dass der SSD nicht zu einer Gefahr für die Partei selbst wird. Die Tätigkeit der SSD-Organe wird selbstverständlich nicht die bürgerlichen Freiheiten in Polen stärken. Das ist sicher. Mit den Möglichkeiten neuen Terrors ist zu rechnen.

2. Gomulka 1945...

Es ist wohl nicht ohne tiefere Bedeutung, dass ein dem ZK nahestehendes Organ - "Politika" - kurz vor dem Nationalfeiertag am 19. Juli an eine Rede Gomulkas erinnert, die am 18. Juni 1945, vor mehr als 13 Jahren gehalten wurde. Der Generalsekretär der Partei sagte damals: "Die einmal errungene Macht werden wir niemals zurückgeben. Nicht etwa deswegen, weil wir die Macht so lieben, sondern um das Volk vor dem Niedergang zu bewahren, der unausbleiblich ist, wenn es der Reaktion gelingen würde, ihre falsche politische Linie durchzusetzen. Wir werden alle reaktionären Banditen ohne Skrupel vernichten. Ihr könnt noch so sehr schreien, dass das Blut des polnischen Volkes vergossen wird, dass der NKWD in Polen regiert, aber das wird uns nicht zur Umkehr zwingen."

Zwar wurde diese Rede Gomulkas auf einer Seite abgedruckt, auf der man die dokumentarischen Beiträge zur "Neuesten Geschichte Polens" veröffentlicht, dass man sich aber eine derart aggressive Rede ausgesucht hat und ausgerechnet zum Nationalfeiertag veröffentlichte, wird nicht ohne tiefere Bedeutung sein.

3. ... und Gomulka 1958

Aus der Ansprache Gomulkas zum Nationalfeiertag (am 22. Juli 195):
"In der heutigen Welt, in der heutigen Situation ist der Friede unteilbar. Die sozialistische Welt kann nicht gleichgültig der Aggression der Imperialisten in den arabischen Ländern zusehen. Die Völker wollen keinen Krieg. Aber nicht zu wollen genügt nicht. Heute ist eine Zeit angebrochen, in der sich jeder aktiv in die friedlichen Bestrebungen der Völker einschalten muss. Für einen sozialistischen Staat bedeutet das in erster Linie die Pflicht, diesen Staat, die Volksmacht und den Sozialismus zu stärken: Die kapitalistischen Staaten, regiert von imperialistischen Kreisen, erkennen nur das brutale "Recht des Stärkeren" an. Deshalb dürfen auch wir nicht schwach sein.
Die Einheit des sozialistischen Lagers ist die Hauptquelle der Friedenskräfte. Zusammengeschlossen und um die SU geschart, sind die sozialistischen Staaten unbesiegbar.
Nicht nur unsere Volksarmee steht auf Wacht an unserer Westgrenze und ist Hüter unserer Unabhängigkeit und Souveränität. Vor der Aggressivität der westdeutschen Militaristen, vor den Versuchen der Imperialisten, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen, schützen uns alle Mächte des Warschauer Paktes, schützt uns der mächtigste sozialistische Staat unser guter Freund und treuer Verbündete - die Sowjetunion."
Am 22. Juli erschien auch in der Moskauer "Iswjestja" ein Beitrag Gomulkas, in dem es u.a. heisst:
"Eine besonders bedeutende Angelegenheit dieser Tage ist die Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers, insbesondere die Festigung der stählernen Geschlossenheit der sozialistischen Staaten."

4. Demonstration der Stärke

Am 1. Juli wurden von der polnischen Presse die Ausführungen des stellvertretenden Generalstabschef, Brigadegeneral Marian Gramiewski, zur technischen Ausrüstung der polnischen Streitkräfte veröffentlicht. Nach seinen Worten besitzen die Streitkräfte jetzt "eine bedeutende Basis in der Rüstungsindustrie, den Forschungsstellen und den wissenschaftlich-technisch geschulten Kadern. Die Motorisierung der einzelnen Waffengattungen steht den westlichen Streitkräften nicht nach und manchmal übertrifft sie sie sogar."

Graniewski führte z.B. an, dass die Zahl der "mechanischen PS" pro Soldat einer Infantriedivision im Jahre 1939 nur 0,2 PS, im Jahre 1945 - 2 PS und im Jahre 1957 schon 16 PS betrug. In einer motorisierten Division reiche diese Zahl an 25 - 30 PS. Die Mechanisierung der polnischen Divisionen erreichte den Stand moderner Einheiten bei den Streikräften in den führenden kapitalistischen Staaten. Die Feuerkraft einer Infantriedivision sei heute viermal stärker als vor dem Kriege und bei der Flak 15 mal so gross.

Dies bezieht sich natürlich nur auf die "konventionellen" Waffen. Graniewski stellte fest, dass "Polen bekanntlich über keine Kernwaffen verfügt. Jedoch gehört unser Land zu den Staaten des Warschauer Paktes, zu denen die SU gehört, die über alle Arten von Kern- und Raketenwaffen verfügt.
Die polnische Luftwaffe verfügt über Düsenjäger, Bomber, Schulmaschinen und Hubschrauber, die zum grössten Teil in Polen hergestellt werden, von hoher technischer Qualität sind und denen von anderen Armeen benutzten nicht nachstehen."

Die in Polen hergestellte Ausrüstung der Artillerie werde dauernd modernisiert. Polen besitze "ausgezeichnete Panzerkampfwagen" eigener Produktion und an der Konstruktion eines Raupen- und Radschleppers werde gearbeitet. Ebenso habe man in der Radarausrüstung schon vieles getan. Eine eigene industrielle Basis ermögliche, Radargeräte in grossen Mengen zu produzieren. Die Pioniertruppen verfügten über grosse und kleine moderne Amphibien-Fahrzeuge.

Der polnische General betonte, dass der hohe Stand der technischen Ausrüstung bei den Streitkräften einen beachtlichen Einfluss auf die Hebung des allgemeinen technischen Niveaus der Bevölkerung habe. Soldaten, die während ihres Dienstes mit komplizierten technischen Ausrüstungen bekannt werden, würden später von der zivilen Industrie als hervorragende Experten begrüsst werden.

5. Vierzehn Jahre kommunistische Herrschaft in Polen

Am 22. Juli 1944 wurde in dem wieder frei gewordenen Teil Polens, in Lublin, ein "Komitee der Nationalen Befreiung", die erste kommunistische Ersatzregierung in Polen gebildet. Das an diesem Tage veröffentlichte Manifest wurde zum Kernstück der kommunistischen Verfassung für Polen. Dieser Tag wird im Nachkriegspolen als ein "Nationalfeiertag begangen.

Anlässlich des vierzehnten Jahrestages des "Lubliner Manifestes" beschäftigt sich die parteiamtliche "Trybuna Ludu" mit den vergangenen vierzehn Jahren in Volkspolen. Diese Periode kann man nach der zitierten Zeitung in drei Abschnitte aufteilen:
"Die erste Periode - umfassend die Jahre 1945-48 - ist die Zeit der ersten sozialistischen Umgestaltungen in Polen. Es sind schwere Jahre der Kämpfe mit der reaktionären Untergrundbewegung und mit Mikolajczyk's Bauernpartei. Es sind die arbeitsreichen Jahre des Wiederaufbaus der nationalen Wirtschaft aus den Kriegszerstörungen, der Besiedlung und Bewirtschaftung der Westgebiete. Es sind die revolutionären Jahre der Liquidierung des Grossgrundbesitzes, der Nationalisierung der wichtigsten Teile unserer Wirtschaft, der Liquidierung der Abhängigkeit vom fremden Kapital."

"Die zweite Periode - das ist die Zeit des grossen Sechsjahresplanes (1950 - 55). Unabhängig von allen Fehlern und Entstellungen dieser Zeit müssen wir diesen Plan doch als gross bezeichnen. Die weitere Entwicklung Polens konnte nach 1948 nur in Richtung auf den Sozialismus gehen. Es gibt keinen Sozialismus ohne grosse, moderne Industrie. Diese Industrie musste man schaffen."

"Die dritte Periode beginnt im Oktober 1956. Es ist vor allem die Zeit der Aufdeckung und Beseitigung aller Mängel und Fehler des bisherigen Aufbaus des Sozialismus, des Rückzuges von den Positionen, auf die wir uns - indem wir viele Fehler begangen haben - zu weit hinausgewagt hatten. Daneben steht die Festigung anderer errungener Positionen."

"Vor allem aber ist das die Zeit, in der wir die Hauptaufmerksamkeit auf den humanistischen Inhalt des Sozialismus lenkten - auf die Sorge um den Menschen. Als Ausdruck dieser Sorgen gilt die Demokratisierung, die Liquidation der übermässigen Zentralisierung in der Planung und Verwaltung, die nur dazu beitrug, die Initiative und Aktivität der Massen zu bremsen, weiter die Entwicklung der Arbeiterdemokratie in den Betrieben und der bäuerlichen Selbstverwaltung in der Landwirtschaft, die wirtschaftliche Aktivierung der vernachlässigten Gebiete, die Sicherung der Gesetzlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten und vor allem eine bedeutende Hebung des Lebensstandards.

Den heutigen Jahrestag des Lubliner Manifestes charakterisiert eine weitgehende politische und wirtschaftliche Stabilisierung. Der Ver-

gangenheit gehört die Zeit an, in der man die neue Linie mit einer Art Anarchie gleichsetzen oder ihr einen fremden, um nicht zu sagen feindlichen Inhalt, unterzuschieben versuchen konnte. Es ist für alle klar geworden, dass in Volkspolen die breite Entwicklung der Demokratie sich mit der Stärkung der Volksmacht verbindet und verbinden muss, dass die Politik von Partei und Regierung, die sich auf den nahen Kontakt mit den Massen stützt, eine Stärkung der sozialistischen Ordnung bedeutet und bedeuten wird."

"Dies geschieht entgegen den Hoffnungen aller derjenigen, die auf die "zweite Etappe" gerechnet haben. Dies geschieht entgegen dem Kapitulantentum der Revisionisten, die, enttäuscht durch die Fehler der Vergangenheit, sich auf fruchtloses Jammern und leere Negation beschränkten und heute abseits der Partei und des Volkes stehen."

6. Spannungen zwischen Kirche und Staat

(Bericht eines kürzlich aus Polen zurückgekehrten Fachkenners.)

"Der Oktoberumschwung im Jahre 1956 brachte ein Ende des Kampfes zwischen dem kommunistischen Regime un der katholischen Kirche in Polen mit sich. Es wurde ein Frieden geschlossen, der beiden Seiten grosse Vorteile zusicherte. Der Staat verzichtete auf die Verfolgung der Religion, der Gläubigen, der Priesterschaft, er verpflichtete sich, die Freiheit der Ausübung religiöser Pflichten nicht nur zu dulden, sondern auch zu beschützen, die Priester bei der Ausübung ihrer seelsorgerischen Pflichten nicht zu behindern und den Religionsunterricht in den Schulen als freiwilliges Fach einzuführen usw. Die Kirche verpflichtete sich ihrerseits zu einer loyalen Haltung dem Staat gegenüber und sich jeglicher politischen Propaganda, die gegen diesen Staat gerichtet sein könnte, - zu enthalten.

Das Bündnis zwischen den kirchlichen und staatlichen Instanzen wirkte sich schon in den schweren Tagen des Oktoberumschwungs als segensreich für die Interessen der Nation aus. Dank dem Zusammengehen dieser beiden Kräfte ersparte sich das polnische Volk Blutvergiessen und Leiden, von denen das ungarische Volk nicht verschont blieb.

Für die Kirche in Polen kam nach dem Oktober eine Periode, in der sie ihren Einfluss auf die Massen der Gläubigen fast unbehindert ausüben konnte. Allerdings durfte die Kirche keinen Versuch unternehmen, eine politische Partei katholischer Färbung aufzubauen und eine konfessionelle Organisation der Jugend zu bilden.

Gomulka kann nicht behaupten, dass nur er der Gebende war und nichts dafür bekam. Als die erste grössere Probe des neuen Oktoberregimes - die Parlamentswahlen im Januar 1957 - kam, war die Lage für den Parteichef ausgesprochen gefährlich. Die neue Wahlordnung, etwas unüberlegt auf die revolutionär-freiheitlichen Tendenzen des Oktobers zugeschnitten, sah vor, dass man in jedem Bezirk eine um etwa ein Drittel grössere Anzahl von Kandidaten als nachher ins Parlament kamen, aufzustellen hat. Jeder Wähler sollte das Recht erhalten, die ihm unsympathischen Kandidaten von der Liste zu streichen. Da die Kommunisten zwar in der Mehrheit waren, ausser ihnen aber noch eine Anzahl Vertreter der Bauern- und der Demokratischen Partei, der Katholiken und Parteilosen in die Liste aufgenommen wurden, war es für die Wähler durchaus möglich, durch eine zweckmässig vorgenommene Streichung eine Situation herbeizuführen, in der die Kommunisten weniger als 50% der Mandate erhalten würden.

In der für die ersten Wochen nach dem Umschwung verständlichen Nervosität hat man diese Möglichkeit nicht sofort vorausgesehen. Es fanden sich aber schnell Leute, die Gomulka auf diese Gefahr aufmerksam machten. Die Russen bedeuteten dem Parteichef, dass sie eine Situation nicht dulden werden, in der die kommunistische Macht im Parlament nicht stark verankert wäre. Ein Beweis dafür, dass die Befürchtungen der Russen nicht aus der Luft gegriffen waren, war die offen zur Schau getragene Entschlossenheit der Wählermassen: Wir wählen Gomulka, aber sonst keine Kommunisten, die in den zwölf Jahren abgewirtschaftet haben.

In seiner Angst vor einer möglichen russischen Intervention steigerte sich Gomulka kurz vor Beginn der Wahlen zu einem fast hysterisch anmutenden Aufruf an die Wähler: "Wenn die Polen nicht wollen, dass ihr Staat von der Landkarte Europas ausgelöscht wird, dann sollen sie keine Streichungen auf den Wahlzetteln vornehmen." In diesem Falle galten nämlich die ersten auf der Liste automatisch als gewählt und dadurch wurde den kommunistischen Kandidaten eine Mehrheit gesichert.

Es ist nicht ganz sicher, ob dieser verzweifelte Ruf Gomulkas von den Wählern, die die kommunistische Herrschaft zu Genüge hassten, ohne weiteres gehört wurde. Um sich zu sichern, wandte sich Gomulka an den Kardinal Wyszynski um Unterstützung. Am Wahltage erlebte die staunende Welt, dass in manchen Dorfgemeinden nach dem Hochamt in der Kirche die Priester geschlossen mit den Gläubigen Wahllokale

aufsuchten und dort, demonstrativ auf jede Streichung verzichtend, die Wahlzettel in die Urnen warfen.

Es war wohl der grösste Dienst, den die Kirche ihrem Kompromiss-Partner - dem kommunistischen Staat - erwies. Der grösste, aber nicht der einzigste. Mehrere Male brach der Kardinal das Schweigen, um Gomulka zu stützen. Das letzte Mal geschah es im vergangenen Herbst bei den Unruhen nach der Schliessung von "Po Prostu", einer Zeitschrift, die offen eine atheistische Tendenz vertrat und dadurch dem Episkopat unsympathisch war.

Aber die Zusammenarbeit zweier so entgegengesetzter Kräfte war für viele in und ausserhalb Polens ein Dorn im Auge. Einerseits waren es die Fanatiker unter den polnischen Kommunisten, die entsetzt zusahen, wie sich die Aktivität der Gläubigen steigerte. Es muss hier gesagt werden, dass die Massen der Gläubigen und ein Teil der Priesterschaft in Polen ziemlich fremd dem gegenübersteht, was man Toleranz nennt. Viele Menschen, die in der Zeit des stalinistischen Terrors tapfer für ihre Überzeugung einstanden und sich deswegen zahlreichen Verfolgungen und schlimmen Schikanen ausgesetzt hatten, sahen jetzt die Zeit gekommen, um mit einem Gegenangriff zu antworten. Man muss in diesem Zusammenhang von einer Art Gegenterror sprechen, der sich besonders auf dem Lande gegen freidenkerische Lehrer, aber auch in den Schulen der Städte abspielte. Laut Vereinbarung sollte der Religionsunterricht als freiwilliges Fach nur von den Kindern besucht werden, deren Eltern damit einverstanden sind. Aber bald mussten auch die übrigen Eltern erleben, wie ihre verweinten Kinder zu ihnen kamen und sie baten, sie doch am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Sie würden sonst den Schikanen von seiten ihrer Schulkameraden ausgesetzt, die sie prügelten, als Juden beschimpften u.ä.

Mehrere Male meldete die Presse Auftritte fanatischer Dorfbewohner, die eine Beerdigung eines Parteimitgliedes auf dem Friedhof zu verhindern suchten oder die einen Gottesdienst anderer christlicher Konfessionen mit unerhörter Rohheit störten. In den meisten Fällen war es ein Priester, der als Anführer der fanatischen Masse dastand und die Aktion lenkte.

Anzeichen von Intoleranz seitens der Katholiken gaben der Gegenseite Argumente für ihre Forderung, den Katholiken nicht allzu grosse Aktionsfreiheit zu lassen. Aber Gomulka hatte offensichtlich keine grosse Lust, einen offenen Kampf mit der Kirche zu riskieren. Das

Regime beschränkte sich vorerst auf kleine Schikanen, wie sie z.B. der Streit um die Liebesgaben der amerikanischen caritativen Organisationen darstellt. Die Liebesgaben sollten von der katholischen Kirche Polens unter den Notleidenden verteilt werden. Die staatlichen Behörden aber ver-langten, dass die Verteilung dieser Waren von ihnen kontrolliert werden sollte, was wiederum auf den Widerstand der amerikanischen Spender stiess. So hat sich eine Situation ergeben, dass sich in den polnischen Häfen Waren im Werte von über 100 Mill. Dollar stauen, die aus Prestigegründen nicht zur Verteilung kommen, obwohl in dem vom Hochwasser und anderen Naturkatastrophen heimgesuchten Lande eine grosse Not herrscht.

Das erste entschlossene Kampfzeichen des Regimes erfolgte Ende Juli, als ein Polizeitrupp in das Kloster von Tschenstochau eindrang, dort eine Haussuchung durchführte, zahlreiche Drucksachen beschlagnahmte und die Auslieferung aller Druck- und Vervielfältigungsmaschinen und Apparate durchsetzte. Die Presse klagt die Kirche an, dass in den Klöstern Schriftstücke veröffentlicht würden, die staatsfeindlichen Charakter aufwiesen. Aus informierten Kreisen erfährt man, dass es sich hauptsächlich um Entwürfe von Predigten handelt, in denen manchmal stark antikommunistische Tendenzen zutage kommen. Berkenswert war die Brutalität, mit der die Polizisten gegen die versammelten Pilen vorgingen, die eine Haussuchung verhindern wollten.

An der Verschärfung der Lage zwischen Kirche und Staat trägt ohne Zweifel der Vatikan einen nicht unbedeutenden Anteil Schuld. Als Kardinal Wyszynski im vergangenen Jahr zum ersten Male Rom besuchte, um seinen Kardinalshut in Empfang zu nehmen, demonstrierte der Papst - für die ganze Welt eindeutig - seine Unzufriedenheit wegen der, seiner Ansicht nach, all zu weit gehenden Zusammenarbeit zwischen dem Kardinal und dem Parteisekretär. In Kreisen des Vatikans war man der Ansicht, dass die Kirchenhierarchie in Polen ein Abkommen geschlossen hat, dass der anderen Seite mehr Vorteile zusichert, als den polnischen Katholiken. Ohne Zweifel verlangte der Papst vom Kardinal, er solle entweder mehr Konzessionen aushandeln oder auf die Unterstützung Gomulkas verzichten. Diese Haltung des Vatikans musste natürlich die Beziehungen zwischen den beiden bisher zusammenarbeitenden Partnern versteifen.

Wenn man das Problem der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Polen vom Standpunkt der Interessen der Bevölkerung aus betrachtet,

so ergibt sich folgende Lage: Ein Kampf zwischen diesen beiden Kräften kann vielleicht im Interesse der Fanatiker auf beiden Seiten liegen, aber die breite Masse des Volkes profitiert nur von einem Burgfrieden. In den Kreisen um Gomulka überwiegt übrigens, trotz aller Vorfälle der letzten Wochen, die Überzeugung, dass sich die Partei einen Kampf mit der Kirche nicht leisten kann. Die Kommentare zu den Tschenstochauer Vorfällen waren zwar in einem entschlossenen Ton gehalten, liessen aber deutlich durchblicken, dass der Staat grundsätzlich das Abkommen weiter respektieren will und von der Kirche dasselbe erwartet."

7. Aus dem Leben der Partei

"Trybuna Ludu" vom 9. Juli beschäftigt sich mit den Problemen der Parteischulung. Die Bilanz des letzten Schuljahres 1957/58 bezeichnet sie als ausgesprochen dürftig. Zuerst ist der Umfang der Schulungskurse nicht ausreichend und steht in keinem Verhältnis zu den Erfordernissen. Es gibt viele grosse und grösste Betriebe, in denen eine ideologische Schulung nicht stattgefunden hat. Auch auf dem Lande existiert kaum eine ideologische Schulung.

Den Grund für diesen dürftigen Bereich der ideologischen Schulung sieht die Zeitung in der allgemeinen Situation der Partei zwischen dem Oktober 1956 und der sog. Parteiprüfung, die im Herbst 1957 begann und im Frühjahr 1958 beendet wurde. Ein weiterer Grund ist die Enttäuschung mancher Parteigenossen über den Zusammenbruch mancher Thesen, die jahrelang der Hauptgegenstand der ideologischen Schulung waren. Die Liquidierung vieler dogmatischer und sektiererischer Auffassungen, die neue Beleuchtung vieler Probleme machte fragwürdig, was bis dahin als unbestritten galt. Obwohl die letzten zwei Jahre das Interesse an politischen Problemen weckten und zu Diskussionen aller Art führten, hinkte die ideologische Schulung hinterher und blieb abseits.

Das Blatt überlegt, ob man das Problem der freiwilligen Beteiligung an der ideologischen Schulung nicht doch revidieren muss. Bekanntlich war vor dem Oktober diese Beteiligung Pflicht für jedes Parteimitglied. Die Zeitung fordert zwar nicht ausdrücklich die Rückkehr zu diesem Prinzip, meint aber, dass ein so wichtiges Gebiet der Parteiarbeit nicht einer spontanen Entwicklung überlassen werden darf. Die ideologische Schulung müsse organisiert werden, verlangt das

Blatt, ohne dabei allerdings deutlicher zu werden.

Der Inhalt der ideologischen Schulung in den letzten zwei Jahren sei einseitig gewesen und habe wesentlich im Studium der aktuellen Politik bestanden. Das Blatt meint, dass die aktuelle politische Thematik in Zukunft mehr auf den allgemeinen Parteiversammlungen besprochen werden müsse, während die ideologische Schulung sich mehr mit der Bildung des Wissens über die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und der Parteiideologie zu befassen habe.

Die Struktur der Parteiorganisationen auf dem Lande unterzog man einer einschneidenden Veränderung. Wie "Trybuna Ludu" vom 26. Juli mitteilt, hat man sich zur Bildung von Parteikomitees in den Gemeinden entschlossen. Eine Dorfgemeinde umfasst in Polen nicht eins, sondern mehrere benachbarte Dürfer. Bisher gab es in den Dorfgemeinden Parteiorganisationen, die dem Kreiskomitee direkt untergeordnet waren. Diese Organisationen erhalten jetzt den Rang eines Gemeindekomitees. Ihnen werden die Parteiorganisationen der einzelnen Dürfer unterstellt.

Die Grundparteiorganisation auf dem Lande ist also jetzt nicht mehr die Gemeindeorganisation, sondern die Dorforganisation. Sie wird in jedem Dorf gebildet, wo sich mindestens drei Parteimitglieder befinden. Zur Dorforganisation gehören jetzt alle Parteimitglieder aus dem betreffenden Dorf, unabhängig davon, was für einen Beruf sie ausüben. Neben den Bauern können also in Zukunft hier die Lehrer, Polizisten, Angestellten der örtlichen Verwaltungsorgane, der Genossenschaften usw. organisiert sein. Ausser den Bauern gehörten alle soeben erwähnten in der Vergangenheit separaten Parteiorganisationen an, die auf beruflicher Basis aufgebaut waren. Was mit diesen separaten Parteiorganisationen geschehen soll, ist bis jetzt noch nicht entschieden. Der erste Vorschlag sieht ihre Beibehaltung vor, wenn sie mindestens drei Mitglieder umfassen. Die andere Lösung zielt auf die Liquidierung dieser separaten Organisationen hin, wenn ihre Existenz die Kräfte der Partei im Dorf zu sehr zersplittert.

Die neuen Gemeindekomitees werden in allen Dorfgemeinden gebildet, in denen sich mindestens drei bis vier Grundorganisationen in einzelnen Dörfern befinden. Das Komitee soll von allen Mitgliedern der Parteiorganisationen auf dem Gebiet der Gemeinde geheim gewählt werden.

II. Wirtschaft

1. Wirtschaftliche Ergebnisse der I. Hälfte 1958

Laut Veröffentlichung des Polnischen Statistischen Hauptamtes vom 31. Juli hat die polnische Industrie den Plan für die I. Hälfte des Jahres 1958 zu 105% erfüllt. Im Vergleich zur ersten Hälfte des vergangenen Jahres wuchs die Produktion um 10,5% an.

Im einzelnen produzierte man in der I. Hälfte dieses Jahres:

Elektrische Energie	11 474 Millionen kWh
Steinkohle	47 Millionen t
Koks	5,5 " "
Roheisen	1,870 " "
Rohstahl	2,760 " "
Walzerzeugnisse	1,820 " "
Zink	78,4 Tausend t
Aluminium	11 "
Güterwaggons	4 404 Stück
Pkw's	5 409 Stück
Lkw's	4 574 "
Motorräder, Motorroller	37 902 "
Fahrräder	141 000 "
Schiffe	64,8 Tausend DTW
Fernsehapparate	18 644 Stück
Radioapparate	406 Tausend Stück
Schwefelsäure (100% Konzentration)	262 Tausend t
kalzinierter Soda	170 "
kaustischer Soda	73,2 "
Stickstoffdüngemittel (100%)	107,8 "
Phosphordüngemittel (100%)	67,1 "
Zement	2 378 "
Ziegelsteine	1 013 Millionen Stück
Zellulose	117 Tausend t
Papier	211 Tausend
Baumwollstoffe	295 Millionen m.
Wollstoffe	39 "
Seidene Stoffe	45,2 "
Leinenstoffe	37,6 "

In der Landwirtschaft wird eine Ernte für Brot- und Futtergetreide erwartet, die auf der Ertragshöhe des Vorjahres steht. Die Saatfläche ist im Vergleich zum Vorjahre unverändert geblieben. Die Lie-

ferungen an Baumaterialien für das Land erreichte ein höheres Niveau als im Vorjahr.

Die Gesamthöhe der Investitionen in der Gesamtwirtschaft erreichte eine Höhe von 24,2 Milliarden Zloty, davon entfallen 21,7 Milliarden, d.i. 200 Millionen mehr als im Vorjahre, auf die sozialistische Wirtschaft. Auf die Industrie fielen 44,1% der investierten Summen, auf Transport und Verbindungswesen 10,8% auf den Wohnungsbau 18%.

Insgesamt investierte man in den Wohnungsbau (staatlichen und privaten) über 4,7 Milliarden Zloty.

Die Überseeflotte bestand Mitte des Jahres aus 90 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 440 Tausend DTW (6 Schiffe und 31 Tausend DTW mehr als im Vorjahre). Der Wert der Binnenhandelsumsätze betrug 91 Milliarden Zloty. Bemerkenswert ist die Senkung der Einkäufe von alkoholischen Getränken (bei Wodka und Alkohol 12%).

Die Umsätze des Aussenhandels betrugen in der I. Hälfte d.J. über 4 Milliarden Devisenzloty (4 Devisenzloty = 1 Dollar). Im Vergleich zur I. Hälfte des Vorjahres bedeutet das eine Senkung um 5%, dabei lag der Import um 6,3 und der Export um 3,4% niedriger. Die Senkung der Umsätze wird für den Import mit den Zahlungsschwierigkeiten, für den Export mit der ungünstigen Konjunktur auf dem Weltmarkt erklärt. dies bezieht sich insbesondere auf den Preissturz für Kohle, Zink und manche Lebensmittel.

Die Struktur des Aussenhandels war folgendermassen: (in Devisenzloty)

<u>Import</u>	2,200 Mill.
Maschinen, Industrieausrüstungen, Transportmittel:	575 "
Rohstoffe	1 254 "
Landwirtschaftliche Produkte	188 "
Industrieelle Konsumptionswaren	182 "
<u>Export</u>	1 810 Mill.
Maschinen, Industrieausrüstungen, Transportmittel:	417 "
Rohstoffe	987 "
Landwirtschaftliche Produkte	309 "
Industrielle Konsumptionswaren	96 "

Die Durchschnittszahl der Beschäftigten in der sozialisierten Wirtschaft betrug in der ersten Hälfte des Jahres 1958:

Insgesamt	6 850 Tausend
Land- und Forstwirtschaft	600

Industrie und Handwerk	2 927	Tausend
(davon Industriearbeiter):	2 283	"
Bauwesen	701	"
(davon Bauarbeiter):	490	
Transport und Verbindungswesen	649	"
Handel	659	"
kommunale Wirtschaft	176	"
soziale und kulturelle Einrichtungen	700	"
Verwaltung und Justizwesen	260	"
Finanzwesen und Versicherungen	50	"

Die Zahl der Verwaltungsangestellten ist in der I. Hälfte des Jahres um 35 000 verringert worden.
In den Kommentaren zu diesen Ergebnissen bemerkt die Presse, dass es als besonders erfreulich zu bemerken ist, dass das Tempo der Steigerung in der industriellen Produktion den Beschäftigten-Zuwachs überrundete. (10,5% :3%). Die Arbeitsproduktivität in der Industrie wuchs um 7,3%. Diese Feststellung erlaubt eine optimistische Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Polen.

2. Wohnungskautionen

Ab 1. Juli 1958 muss jeder, der in Polen eine Wohnung in Neubauten bekommt, (es handelt sich hier um Häuser, die nach 1950 gebaut bzw. wiederaufgebaut wurden oder solche, die unabhängig vom Baujahr generalüberholt wurden), eine Summe hinterlegen, die er beim Auszug zurückerhält. Mit dieser Kaution muss er allerdings für sämtliche Beschädigungen in der Wohnung haften. Die notwendigen Reparaturkosten werden dann von der Kaution abgezogen.
Diese Massnahme hat sich als erforderlich erwiesen, weil man die Erfahrung machen musste, dass Mieter in staatseigenen Wohnungen diese nicht sonderlich geschont haben. In wenigen Jahren waren die Wohnungen, meistens durch Verschulden der Mieter, vollkommen heruntergewirtschaftet. Die Mieter für die Schäden haftbar zu machen, war für den Staat sehr schwierig.
Die neue Massnahme verspricht eine Vereinfachung dieser Prozedur. Man erwartet auch, dass die Mieter jetzt etwas umsichtiger vorgehen werden, um die eingezahlte Kaution nicht zu verlieren. Die Höhe dieser Kaution wird nach Quad ratmetern bemessen und beträgt, je nach Ausstattung der Wohnung, 60 bis 120 Zloty pro qm. Die Gesamthöhe der Kaution darf allerdings nicht das Bruttoeinkommen des Mieters von zwei Monaten übersteigen. Der Mieter kann ausserdem auch dazu ver-

pflichtet werden, beim Einzug die Kosten für bestimmte Wohnungseinrichtungen aus der eigenen Tasche zu zahlen. Das betrifft beispielsweise Badewanne und Badeofen. Er kann sie in 12 Monatsraten bezahlen, muss allerdings schon beim Einzug die restlichen Zahlungen durch Wechsel sichern.
Man hofft, dass der Staat aus diesen Kautionen jährlich etwa 100 bis 120 Mill. Zloty erhält. Etwa 30 Mill. will man durch erhöhte Mieten der Selbständigen erzielen. Diese Summen werden ausschliesslich für Wohnungsreparaturen bestimmt.

3. Weiteres Entgegenkommen für die Landwirtschaft

Am 27. Juli informierte die Presse über einen neuen Beschluss des Ministerrates zur Pflichtablieferung von Getreide und Kartoffeln. Man setzt in diesem Beschluss voraus, dass die Pflichtablieferungen für Getreide die Höhe von 1 040 000 t erreichen werden - 60 000 weniger also als im Vorjahre. Entscheidend ist aber, dass die Preise, die der Staat für abgelieferten Roggen zahlen wird, von 120 auf 150 Zloty pro dz. heraufgesetzt werden. Die Preise für ablieferungspflichtige Kartoffeln werden noch weiter erhöht: von 16.20 Zloty auf 32 Zl. pro dz, also um fast 100%

Dieses neue Entgegenkommen des Staates soll dazu beitragen, dass die Bauern in Zukunft ihre Ablieferungspflichten besser als bisher erfüllen.

III. Soziale Probleme

1. Weniger Alkohol konsumiert

Die Plage des Alkoholismus in Polen scheint jetzt zurückzugehen. Man hat berechnet, dass in den ersten fünf Monaten dieses Jahres knapp 30 Mill. Liter alkoholische Getränke verkauft wurden. Das sind um 3 Mill. Liter weniger, als in der gleichen Zeitspanne des vergangenen Jahres. Diese erfreuliche Feststellung ist zweifellos auf die wachsende wirtschaftliche Stabilisierung des Landes zurückzuführen.

2. Schwierigkeiten bei der Liquidation des Beschäftigtenüberhangs

Auf der Plenarsitzung des Warschauer Parteikomitees am 10. Juli stellte man fest, dass die Beseitigung des Beschäftigtenüberhangs in Warschau bis jetzt auf Schwierigkeiten stösst. Man hatte geplant, aus den 1 130 Warschauer Betrieben, die zusammen 400 000 Menschen beschäftigen, bis zum 1. Juni 27 000 überflüssige Kräfte zu entlassen. Dieser Plan wurde nur zu 65,7% erfüllt. Da man aber in den gleichen Betrieben gleichzeitig fast 14.500 Arbeiter und Angestellte neu einstellte, sank die Beschäftigtenzahl im Endresultat nur um 0,82 %. Sie blieb also faktisch auf der alten Höhe.
Wie sehr dieses Problem einer endgültigen Lösung bedarf, darüber schreibt am 11. Juli die Zeitung "Zycie Warszawy". Es heisst dort, dass man bei einer Untersuchung in einer grösseren Warschauer Fabrik feststellte, dass die beobachteten Arbeiter nur vier Stunden täglich wirklich arbeiten. 25% des Arbeitstages widmen sie der Unterhaltung mit den Arbeitskollegen, weitere 25% "der Suche nach Werkzeugen und der Klärung verschiedener Zweifel".

3. Ist die "moralische Erneuerung" wirklich notwendig?

Vor mehreren Monaten startete die katholische Presse in Polen eine Aktion der "moralischen Erneuerung" der polnischen Gesellschaft. Die Parteizeitung "Trybuna Ludu" beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit den Problemen der moralischen Gesundheit der Bevölkerung Polens und kommt zu der Überzeugung, dass die Aktion der Katholiken mehr einen propagandistischen Charakter hat und nicht durch die tatsächlichen Zustände auf diesem Gebiet gerechtfertigt ist.
Das Parteiblatt führt zuerst die Statistik zur Begründung seiner Thesen an. Aus dieser Statistik geht hervor, dass die Zahl der Verbrechen und Delikte vor dem Kriege pro Kopf der Bevölkerung höher lag als heute. Mit Statistiken lässt sich nun bekanntlich vieles

beweisen. Leider versucht das Blatt hier Unhaltbares zu verteidigen. Fast alle Beobachter des polnischen Lebens der letzten Jahre, gleich ob Ausländer oder Inländer, ob Kommunisten oder Antikommunisten, alle sind sich darüber völlig einig: Die Verrohung der Sitten hat in Polen noch nie einen derartigen Stand erreicht wie in den letzten Jahren.

Das bezieht sich auf alle Gebiete des menschlichen Lebens. Nehmen wir als Beispiel das Problem der sogen. "Halbstarken". Es existiert wohl in allen Ländern der Erde. Aber auch die rabiatesten jugendlichen Rowdies in den westlichen Ländern Europas sind Unschuldslämmchen im Vergleich zu den polnischen "Hoologans", die in vielen Fällen nur als besonders sadistische Verbrecher zu bezeichnen sind, für die es eine Kleinigkeit bedeutet, einen Eisenbahnschaffner unter die Räder eines fahrenden Zuges zu werfen, weil der Schaffner ihnen dadurch missfiel, dass er sie an der Zerstörung der Eisenbahneinrichtungen hindern wollte.

Auf sexuellen Gebiet hat die Verrohung, um nicht zu sagen die Pervertierung, ein erschreckendes Ausmass erreicht. Beispiel: Ein junges, unverdorben aussehendes Mädchen unterhält sich in der Strassenbahn mit einem Jungen, der sie ungeniert fragt, ob sie am Abend ihn und seine fünf Kollegen "schafft". Sie antwortet: "Ich glaube schon."

Solche Beispiele, die sämtlich aus der polnichen Presse stammen, könnte man zu Hunderttausenden zitieren. Zu behaupten, dass es heute gar nicht so schlimm sei wie vor dem Kriege, ist nichts weiter als eine Zwecklüge des kommunistischen Blattes.

Sind nur die Kommunisten daran schuld, dass das moralische Niveau vor allem bei der Jugend so tief herabgesunken ist? Die Missachtung der menschlichen Würde unter der Hitlerbesatzung und weiter unter der stalinistischen Diktatur hat eine Generation erzogen, deren Sitten einen normalen Menschen mit Entsetzen erfüllen müssen. Darüber schreibt besonders erschüttert der junge polnische Schriftsteller Marek Hlasko, der seit mehreren Monaten die Zielscheibe kommunistischer Angriffe ist. Aber es gibt auch Gründe, die nicht von den Kommunisten verschuldet wurden. Diese Gründe führt das Parteiblatt mit besonderem Eifer an: Einer der wichtigsten ist die grosse innerpolnische Migration. Im Verlauf der Industrialisierung haben 5,5 Millionen junge Menschen ihre Dörfer verlassen und gingen als Industriearbeiter in die Städte. Sie sind dadurch aus dem traditionellen bäuerlichen Sittensystem herausgerissen worden und entfernten sich aus

aus dem Bereich der Kontrolle und den Sanktionen der öffentlichen Meinung im Dorfe. In das moralische System der Normen, Gewohnheiten und Sitten der Arbeiter sind sie aber noch nicht hineingewachsen. Sie sind moralisch entwurzelt.
Vorsichtig gibt das Blatt zu, dass die "Fehler und Entstellungen" der vergangenen Epoche, als man die Probleme des sozialistischen Aufbaus hauptsächlich aus der Perspektive der Produktion sah und die Prozesse des menschlichen Bewusstseins missachtete, auch dazu beigetragen haben, dass Charakterlosigkeit, Zynismus usw. sich verbreiteten. Das Blatt meint, es handele sich um vorübergehende Erscheinungen. Nachdem die grosse Umschichtung der Gesellschaft nicht mehr in einem derartigen Ausmass zutage tritt, nachdem der Oktober 1956 mehr die humanen Probleme des Sozialismus hervorhob, glaubt das Blatt, dass jetzt eigentlich alles besser gehen müsse.

Es ist erschütternd aber wahr: Gerade nach dem polnischen Oktober ist dieser moralische Tiefstand besonders deutlich zutage getreten. Der Krieg und das stalinistische System verdarb eine ganze Generation junger Polen. Viele verbrecherische Instinkte sind aber aus purer Angst nicht zum Vorschein gekommen, aus Angst vor der Strafe. Nach dem Oktober herrschte zuerst die Stimmung: "Jetzt braucht man keine Angst mehr zu haben!" Die Verrohung der Sitten, die Jugendkriminalität, der Alkoholismus, das alles sind Erscheinungen, die gerade nach dem Oktober 1956 zugenommen haben, weil die allgemeine Aufmerksamkeit sowohl die des Verwaltungsapparates als auch die der Bevölkerung, auf andere Dinge abgelenkt war.
Alleine dadurch, dass man die "Fehler" der Vergangenheit nicht mehr begeht, dass die Denunziation der eigenen Eltern nicht mehr zu einer Heldentat proklamiert wird, werden die Kinder von damals, die jetzt schon teilweise oder ganz erwachsen sind, nicht plötzlich zu guten Menschen. Mit dieser Generation, die in den Jahren 1939 - 1955 heranwuchs, wird man in Polen noch lange Zeit zu tun haben. Stabilisierung der Lebensbedingungen, wirtschaftliche Normalisierung, scharfer Kampf gegen jedes Verbrechertum, aber auch Aktionen wie die der "moralischen Erneuerung" können diese Menschen der "verlorenen Generation" wieder als nützliche Glieder in die Gesellschaft zurückführen.

B. Polen und Ausland

1. Warschau und der SED-Parteitag

Die fortschreitende Gleichschaltung Polens machte auch eine Revision der Beziehungen Warschaus zur SED notwendig. Auch zu Bierut's Zeiten gab es in Warschau nicht besonders viele Sympathien für Ulbricht. Man hat aber versucht, diesen Mangel nicht offen zur Schau zu stellen. Nach dem Oktober verschlechterten sich die Beziehungen zur SED aber rapide. Schuld daran war die aggressive Abneigung der Pankower Machthaber gegenüber den "Verrätern" aus Warschau. Pankow wurde noch weiter dadurch gereizt, dass Warschau offensichtlich daran interessiert war, eine Normalisierung der Beziehungen mit Bonn herbeizuführen.

Daraus ist aber bekanntlich nichts geworden, und inzwischen hat man - auf sowjetisches Geheiss hin - davon Abstand genommen, Kontakte mit Bonn zu suchen. Der Ulbricht-Staat an der Westgrenze Polens blieb aber eine Realität, mit der man rechnen musste. Die Beziehungen zwischen Warschau und Pankow haben sich langsam gebessert. Jetzt wirbt man in Warschau offensichtlich um die Gunst der SED, weil die Russen das so wünschen, weil die Lage der polnischen Wirtschaft es erfordert und weil vieles andere sich als eine Fata Morgana erwiesen hat.

Zum SED-Parteitag schickte Gomulka einen seiner besten Männer, den elastischen Taktiker Jerzy Morawski, Propagandasekretär und Politbüromitglied. Er sprach in Ostberlin davon, wie die Partei in Polen "einen wirksamen Kampf gegen die Revisionisten führt", die er als die ideologische Hauptgefahr bezeichnete, die die Fundamente des Marxismus-Leninismus bedrohe. Nicht ganz nach dem Geschmack der SED-Prominenz war wohl die Feststellung, dass auch der Dogmatismus und das Sektierertum bekämpft werden, da sie die Bande zwischen der Partei und den Massen gefährden.

Auf die direkten Beziehungen zwischen den beiden Parteien und den Staaten kommend, sagte Morawski:

"Ich möchte bei dieser Gelegenheit sehr nachdrücklich betonen, dass unsere Partei und unser Volksstaat die unermüdlichen Bemühungen der SED und der Regierung der DDR zugunsten einer friedlichen Lösung der deutschen Frage und der Wiedervereinigung voll unterstützen. Dieses Ziel kann man nur durch eine Verständigung der Deutschen beiderseits der Elbe erreichen. Das muss in Übereinstimmung mit Euren wiederholten Vorschlägen geschehen, die darauf hinzielen, dass das wiedervereinigte Deutschland ein friedlicher und demokratischer Staat wird, und dass die Revanchetendenzen und revisionistischen Forderungen,

die jetzt in Bonn laut werden, ausgelöscht werden."
"Wir unterstützen auch die Bemühungen der DDR um eine internationale Entspannung in Europa. Ich möchte auch feststellen, dass wir die Unterstützung unserer Initiative zur Bildung einer atomfreien Zone in Mitteleuropa durch die DDR hoch schätzen."

2. Polen - Jugoslawien

Jugendliche Arbeitsbrigaden, die man kürzlich in Polen reaktivierte, sollen beim Strassenbau in Jugoslawien eingesetzt werden, meldete "Trybuna Ludu" am 14. Juli. Eine weitere Geste zur Betonung eigener polnisch-jugoslawischer Beziehungen.

3. Ergebnisse der Internationalen Messe in Posen

Der Generaldirektor der Internationalen Messe in Posen informierte am 7. Juli die Presse über die Ergebnisse der letzten Messe. In der Information heisst es u.a.:
"Abgesehen von Polen stellten auf der Messe Kaufleute und Unternehmer aus 38 Ländern ihre Waren aus. Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme. Angestellten Erhebungen ist zu entnehmen, dass die Handelsumsätze auf der diesjährigen Messe eine grössere Warenmasse umfassen als im vergangenen Jahr. Die meisten Geschäfte tätigten die polnischen Handelszentralen mit den sozialistischen Ländern. An erster Stelle rangiert die DDR, von der Waren für 98 Millionen Devisenrubel gekauft wurden. Ihr folgt die CSR mit 58 Millionen und Ungarn mit 41 Millionen Devisenrubeln.
Der Import aus den westlichen Ländern war von der Warenmenge abhängig, die diese Länder in Polen kauften. Zahlreiche westliche Länder führten aus Polen geringere Warenmengen ein, als sie auf ihren Märkten absetzen könnten. Dies führt dazu, dass Polen nicht die erforderlichen Zahlungsmittel besitzt, um in diesen Ländern Einkäufe zu tätigen. Auf der diesjährigen Messe hatten einige Kaufleute Polen Kredite, sogar langfristige, angeboten. Polen ist an langfristigen Krediten für Investitionsgüter interessiert, mit dem Vorbehalt allerdings, dass in den Kreditbedingungen die Form der Rückzahlung mit polnischen Waren festgelegt wird.
Von den kapitalistischen Ländern tätigten die Handelsvertreter aus der Bundesrepublik in Polen die grössten Einkäufe (für annähernd 20 Millionen Devisenrubel). An zweiter Stelle steht die Türkei (über 15 Millionen Devisenrubel) und an dritter Stelle Belgien

(6 Millionen Devisenrubel). Insgesamt hat man - auf westliche Länder bezogen - mit der Bundesrepublik die bedeutendsten Umsätze (Export und Import) abgewickelt, ferner mit Holland und der Türkei.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die allgemeine Warenstruktur der auf der Messe getätigten Geschäftsabschlüsse:

Warengruppe	Exportanteil in %	Importanteil in %
1) Maschinen und Ausrüstungen	47,2	58,4
2) Rohstoffe und Produktionsmaterialien	27,4	22,1
3) Agrarprodukte und Nahrungsmittel	17,8	3,5
4) Industrielle Verbrauchsgüter	7,6	16,0
	100,0	100,0

Im Export rückten Maschinen und Ausrüstungen auf den ersten Platz. Polen ist gewillt, den Export dieser Positionen ständig zu erhöhen. Ihre heutige Qualität machen sie nach und nach konkurrenzfähig auf den Weltmärkten. Bezeichnend ist, dass polnische Erzeugnisse mit gleichem Erfolg in sozialistische wie auch kapitalistische Länder ausgeführt werden. Mit gutem Erfolg hat man schon eine Reihe von Maschinen nach England, Frankreich, Dänemark, in die Bundesrepublik, die Schweiz und nach Italien verkauft.